

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

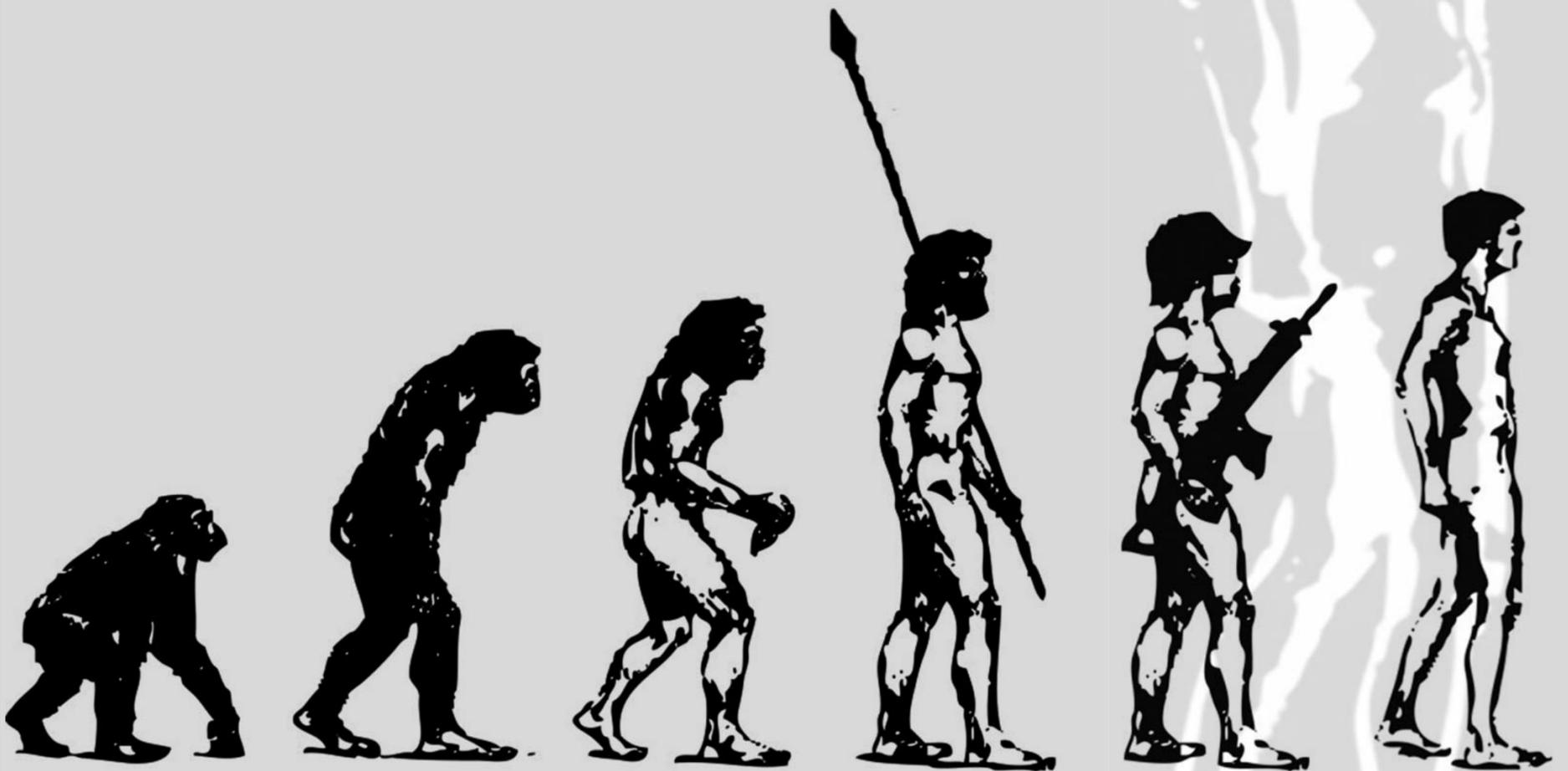
GSoA

GSoA-Zitig Mai 2010 Nr. 142

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Die Wehrpflicht

– schon bald nur noch Geschichte



GSoA-Fitamin am 12./13. Juni 2010

Am traditionellen GSoA-Fitamin-Wochenende machen wir uns fit für unsere Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht!» Mit Workshops, Referaten und vielem mehr bereiten wir uns auf die Unterschriftensammlung vor. Ausführliche Informationen zu Ort, Zeit und Programm auf www.gsoa.ch

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Schon wieder eine neue Initiative der GSoA – bereits diesen Sommer geht's los. Die vierte Volksinitiative innert vier Jahren. Man könnte meinen, wir hätten nichts Besseres zu tun, als bei jedem Wetter auf der Strasse zu stehen, um die Menschen zu überzeugen, ihre Unterschrift zu geben. Aber wir haben es uns gut überlegt und intensiv debattiert. Die Zeit ist reif für die Aufhebung der Wehrpflicht.

Der Zwang zum Militärdienst wird in den nächsten Jahren ohnehin in Frage gestellt, mit oder ohne unser Zutun. Zu hoch sind die wirtschaftlichen Kosten; zu offensichtlich ist, dass in der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Situation nicht mehr die Hälfte der Bevölkerung Gewehr bei Fuss stehen muss. Einmal mehr wäre die Schweiz nur Nachzüglerin, fast ganz Europa hat die Wehrpflicht bereits abgeschafft.

Die Frage ist nur noch, was auf die Wehrpflicht folgen wird. Wir wollen verhindern, dass die StimmbürgerInnen sich dereinst entscheiden müssen zwischen zwei Übeln, dem Militärdienstzwang und einer Berufsarmee. Unsere Initiative schafft Raum für bessere Möglichkeiten. Auch wenn wir die Armee natürlich am liebsten ganz abschaffen würden, nehmen wir in Kauf, dass eine Freiwilligenmiliz weiter existieren wird, zusammen mit einem freiwilligen Zivildienst. Mehr zum Thema Wehrpflicht findest Du auf den Seiten 3, 4 und 5 dieser Zeitung.

Aber auch andere aktuelle friedenspolitische Themen behalten wir im Auge: Im Moment deutet alles darauf hin, dass die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge endgültig gescheitert ist. Falls das Realität wird, wäre dies ein riesiger Erfolg für die GSoA und die Schweizer Friedensbewegung – der gebührend gefeiert werden will. Und nicht zu vergessen: Nächstes Jahr wird die Initiative zum Schutz vor Waffengewalt zur Abstimmung kommen, welche die Sturmgewehre ins Zeughaus verbannen will. Die Waffenlobby bereitet sich schon jetzt intensiv auf diesen Urnengang vor, und wir werden uns ins Zeug legen müssen, um den Militaristen etwas entgegen halten zu können.

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

Club der 50

Hilf auch du mit! Werde Mitglied im Sammelclub zur Aufhebung der Wehrpflicht und sammle 50 Unterschriften (oder mehr). So funktioniert es: Schicke den ausgefüllten Talon an die GSoA, und wir schicken dir die Sammelbögen. Lass deine Schwester, deinen Kioskverkäufer, deine Arbeitskollegin, deinen Schwager, deine Kaminfegerin und alle deine FreundInnen die Initiative unterschreiben. Sende deine 50 Unterschriften bis am 1. September 2010 ein und leiste so einen wertvollen Beitrag zu unserer Initiative. Herzlichen Dank!

Ja, ich möchte Mitglied werden im Club der 50 und sammle bis am 1. September 2010 mindestens 50 Unterschriften!

Name / Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Tel.: _____

Einschicken an:
GSoA, Postfach 6348, 3001 Bern, oder ein Mail an bern@gsa.ch

Das Sekiteam in Zürich: Adi (mitte), Patrick (links) und Chrigi (nicht auf dem Bild) werden neu verstärkt durch Fabian (rechts).



Die Vollversammlung der GSoA beschliesst die Lancierung einer Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht.

Richtungsweisende Vollversammlung

(mb) Unsere beiden Initiativen gegen neue Kampfflugzeuge und für die Aufhebung der Wehrpflicht standen im Zentrum der diesjährigen Vollversammlung in Solothurn. Die gut 60 anwesenden GSoAtinnen und GSoAten sprachen sich mit deutlicher Mehrheit für die Lancierung einer Wehrpflicht-Initiative aus. Im prall gefüllten Saal des Restaurants Kreuz wurde zudem beschlossen, eine Initiativtext-Variante zu verwenden, die den Zivildienst auch nach der Annahme der Initiative ermöglichen wird. Der Zivildienst war den meisten Anwesenden ein spürbar grosses Anliegen. Soziale Arbeit im Rahmen des Zivildienstes soll auch in Zukunft möglich sein.

Über die Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» wurde ebenfalls ausgiebig debattiert. Da der Bundesrat weiter auf seine überfällige Entscheidung über die Beschaffung neuer Kampffjets warten lässt, werden wir über einen allfälligen Rückzug der Initiative aber erst an einer ausserordentlichen Vollversammlung entscheiden können.

Erfolgreicher Ostermarsch 2010

Seit über fünfzig Jahren setzen die Ostermärsche europaweit ein Zeichen gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Zum achten Mal in Folge fand der Ostermarsch auch in Bern statt. Von Nina Regli

Zusammen mit Kirchen, weiteren Friedensorganisationen und Hilfswerken organisierte die GSoA auch den diesjährigen Ostermarsch, der unter dem Motto «Frieden auf den Feldern – Frieden auf dem Teller» stand. Inmitten flatternder Friedensfahnen trafen sich mehr als 800 Menschen im Berner Eichholz. Nach einem berührenden musikalischen und thematischen Auftakt spazierte Gross und Klein



bei frühlingshaftem Wetter der Aare entlang auf den Münsterplatz, wo die Schlusskundgebung mit der Simbabweerin Angelina Munzar und mit Irene Anex von der Bauerngewerkschaft Uniterre stattfand. Im Mittelpunkt der Reden standen das Recht auf Nahrung und die weltweit von kleinbäuerlichen Organisationen erhobene Forderung nach Ernährungssouveränität. Die Rednerinnen betonten, dass Hunger auch Gewalt bedeute und die Landwirtschaftspolitik demnach auch ein Teil der Friedenspolitik sei. Sie schilderten eindrücklich, wie Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit tagtäglich Opfer von Verdrängungskämpfen durch das Agrobusiness werden. «Wälder abzuholzen, um mit Agrotreibstoffen Autos zu ernähren, entzieht Menschen in Afrika die Möglichkeit, sich selber zu ernähren. Das Recht auf Nahrung wird auf dem globalen Marktplatz verschleudert», so Munzara in ihrer eindringlichen Rede. Den Abschluss des Ostermarsches machte die elfköpfige Berner Band mit dem sinnigen Namen Traktorkestar und ihrer mitreissenden musikalischen Mischung aus Balkan-Folklore und Schweizer Heimatmusik. Dazu gab es Feines von den Emmentaler Bauernfrauen zu schmausen, ganz nach dem Motto «Eat local – think global. Essen wir lokal – denken wir global!»

Das Sekiteam in Bern: Rahel (links) und Nina (rechts) erhalten mit Karin (mitte) eine topmotivierte Verstärkung.



WARUM EINE INITIATIVE GEGEN DIE WEHRPFLICHT?

Die antimilitaristische Antwort auf die Krise

Die Schweizer Armee steckt in der grössten Krise seit ihrer Gründung. Sie hat weder einen realen Auftrag noch eine Legitimation – und doch werden Jahr für Jahr über 40'000 junge Männer dazu gezwungen, Militärdienst zu leisten. Die GSoA gibt die Antwort auf die Krise der Armee: Die Aufhebung der Wehrpflicht! Von Rahel Ruch und Adi Feller

Das schweizerische Massenheer besteht aus 200'000 Wehrpflichtigen, die jährlich rund sechseinhalb Millionen Diensttage leisten. Zum Vergleich: Deutschland hat bei einer Bevölkerung von 82 Millionen Menschen eine Armee von 250'000 SoldatInnen, das im Vergleich zur Schweiz ähnlich grosse Irland verfügt über 11'000 SoldatInnen. Das schweizerische Massenheer ist ein Relikt aus dem Kalten Krieg, eine luxuriöse Spielwiese für Traditionalisten wie Ueli Maurer.

Die Grösse dieses Massenheeres hat Auswirkungen: Die Armee sucht sich ständig Aufgaben, mit denen sie die Zehntausenden von Wehrpflichtigen beschäftigen kann. Beispiele gibt es genug: Der sinnlose und lächerliche Einsatz an der EURO 08, die rechtstaatlich bedenkliche Bewachung des WEF, Pistenstampfen, Schwingfeste oder Gewerbeausstellungen aufbauen – all dies kann und will die Armee nur, weil sie so gross ist.

Zivis als Sündenböcke der Bürgerlichen
Die negativen Schlagzeilen rund um die Schweizer Armee gehören zum Alltag: Verlotterte Logistik; Wehrpflicht-Soldaten, die sich gegenseitig spitalreif prügeln; die absurde Bedrohungskarte von Armeechef Blattmann.

Doch niemand ausser der GSoA stellt die grundsätzliche Frage nach dem Sinn der Armee und dem Nutzen der Wehrpflicht.

Die bürgerliche Strategie besteht darin, die grundlegenden Probleme zu ignorieren und einen Sündenbock zu suchen: Nachdem sich die Zahl der Zivildienstleistenden nach Aufhebung der Gewissensprüfung verdreifacht hat, reagieren die Armeebefürworter mit einer Attacke auf den Zivildienst. Und das, obwohl die Zahlen eine klare Sprache sprechen: Die meisten, die sich nach der Abschaffung der Gewissensprüfung für den Zivildienst entschieden haben, hätten früher den «blauen Weg» gewählt. Die Stellungspflichtigen sind schlauer als die PolitikerInnen: Sie finden Wege, um dem sinnlosen Militärdienst auszuweichen. Es kann keine Rede davon sein, dass der Zivildienst die Wehrgerechtigkeit untergräbt – die gilt schon lange nicht mehr, denn nur noch 40 Prozent absolvieren den Militärdienst bis zum Schluss. Die Wehrpflicht gilt heute vor allem für Söhne bildungsferner und sozial schlechter gestellter Schichten. Für privilegierte junge Männer ist sie kein Thema mehr.

Mit unserer Initiative lancieren wir eine Diskussion, die weit über Truppengattungen oder Untauglichkeitsraten hinausgeht. Weil die Wehrpflicht das Kernstück dieser Massenarmee ist, bietet unsere Initiative die Möglichkeit über reale Bedrohungen und die zivilen Antworten darauf zu diskutieren. Und über die Frage, ob die Schweiz eine Armee braucht oder nicht. Oder ganz einfach darüber, ob es wirklich zu verantworten ist, 10 Milliarden jährlich für die Strukturhaltung eines sinnlosen Trachtenvereins zu verschleudern.

Der Zwang zum Erlernen des Kriegshandwerks

Die Aufhebung der Wehrpflicht ist aber nicht nur das beste Vehikel, um antimilitaristische Anliegen zu portieren. Sie ist auch eine uralte pazifistische Forderung. Im Kern bedeutet die Wehrpflicht nichts anderes als das Recht des Staates, seine Bürger dazu zu zwingen, das Kriegshandwerk zu lernen. Der Militärdienst ist ein Zwang, mit dem den Menschen Gehorsam eingetrichtert und der gewaltsame Umgang mit Konflikten beigebracht wird. Im Extremfall mischt sich der militärische Männlichkeits-

wahn mit Pulverdampf und Frustrationen zu einem gefährlichen Gebräu. Denken wir nur an die Soldaten, die das Sturmgewehr als Lösung ihres angestaunten Ärgers oder ihrer Verzweiflung benutzen und damit sich selbst und anderen schlimmstes Leid zufügen.

Schaffen wir also diesen Zwang ab und öffnen wir die Tür für eine grundsätzliche Diskussion über Sinn und Unsinn der Armee und ihrer Aufgaben. Es ist höchste Zeit, die Armee wieder einmal in ihrem Kern in Frage zu stellen. Machen wir uns gemeinsam auf, Geschichte zu schreiben.



HISTORISCHES

Wehrpflicht, lange Männerhaare und Frauenstimmrecht

Warum waren die Männer erst bereit, den Frauen das Stimmrecht zuzugestehen, als sie selber begannen, lange Haare zu tragen? Von Josef Lang

Die allgemeine Wehrpflicht ist eine erfundene Tradition wie beispielsweise die Heimabgabe der Ordonnanzwaffe samt Munition. Erst seit ungefähr 1900 leisten mehr als die Hälfte der Männer Militärdienst. Umso grösser war die symbolische Bedeutung der Wehrpflicht, die weit über das Militärische hinausging.

«Wehrlos» gleich «ehrlos»

Dazu ein Staatsrechtler aus dem Jahre 1932: «Politische Rechte und Wehrfähigkeit gehörten schon in der altgermanischen Demokratie so wie auch in der schweizerischen von jeher eng zusammen. Mit dem Jahre, in welchem der junge Landmann wehrpflichtig wurde, erhielt er auch das Stimmrecht an der Landsgemeinde. Der allgemeinen Wehrpflicht entsprach ebenso ein allgemeines Wehrrecht. Und zwar galt dieses als ein Ehrenrecht. Wie ‚ehr- und wehrhaft‘ ein Begriff war, so auch ‚ehr- und wehrlos‘. Das Sinnbild für

die bürgerliche Ehre, für den Besitz aller politischen Rechte, und die Wehrhaftigkeit zugleich war das Seitengewehr, der Degen.»

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Verbindung von Wehrhaftigkeit, Männlichkeit und Bürgerrecht zusätzlich zugespitzt. Der Generalstabsobers Gustav Däniker meinte 1938: «Soldatentum ist höchst potenzierte Männlichkeit. Die Erziehung zum Soldaten ist Erziehung zum Manne.»

Kollektiver Staatskrüppel

Noch 1957 hielt der Bundesrat gegen das Frauenstimmrecht folgendes fest: «Das Stimmrecht wird als das Korrelat der Wehrpflicht aufgefasst. Das entspricht denn auch einer alt überlieferten Anschauung, die schon in der alten Landsgemeinde zum Ausdruck kam. An ihr konnte nämlich nur der wehrfähige Bürger mitreden. Da als wehrfähig der Mann allein galt, konnte nur er als stimm- und wahlberechtigt angesehen werden. Wie sehr dieser Gedanke bei uns noch heute lebendig ist, zeigt die Tatsache, dass in beiden Appenzell nur Bürger mit dem Schwert zum Landsgemeindering zugelassen waren.»

Männer, die keinen Wehrdienst leisteten, galten als ehrlose «Staatskrüppel». Frauen waren deshalb eine Art kollektiver Staatskrüppel, dem mindestens die Ehre der Staatsbürgerschaft nicht zustand. Dieser Zusammenhang zwischen Militärpflicht und Stimmrecht war den ersten Frauenrechtlerinnen sehr klar. Deshalb suchten sie nach Möglichkeiten, sich für die Armee nützlich zu machen. Genützt hat es ihnen nichts – weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg. Erst als sich ab den späten 1960er-Jahren eine wachsende Zahl von Männern nicht mehr für die Armee nützlich machen wollte, war die Zeit reif für das Frauenstimmrecht.

Glaubenskrieg gegen lange Haare

Und hier gibt es einen spannenden Sachverhalt: In keiner Armee des Westens war die Frage der Haarlänge eine derart dramatische wie in der Schweizer Armee der 1970er Jahre. Für diesen Glaubenskrieg gibt es nur eine Erklärung: Lange Männerhaare symbolisierten den Abschied der Männer von soldatischen Werten, die in keinem anderen Land derart stark mit männlichen Werten konnotiert waren. Deshalb meine Dop-

pel-These: Die Schweizer Männer wurden reif für das Frauenstimmrecht, als sie begannen, lange Haare zu tragen. Und dieser Reifeprozess in Sachen Gleichberechtigung verlief parallel zur Trennung der staatsbürgerlichen Rechte von der Wehrpflicht. Mit der Einführung des Frauenstimmrechts verschwand auch der Begriff des «Staatskrüppels» aus der Alltagssprache.

Jetzt kann man sagen, das sei Geschichte. Zu dieser Geschichte gehört aber, dass die Wehrpflicht seit den 70er Jahren in einer Krise steckt. Es ist kein Zufall, zeigt keine Frage derart deutlich, dass die Wehrpflicht am Ende ist, wie die folgende: Warum sollen die Männer, aber nicht die Frauen zum Militärdienst verpflichtet werden? Dass eine Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen völlig undenkbar ist – für die härtesten Verteidiger der Wehrpflicht erst recht – zeigt, dass die vorher erzählte Geschichte nicht einfach vergangen ist. Wenn sich aber die Wehrpflicht nicht auf die Frauen ausdehnen lässt, wird es immer schwieriger, sie für die Männer zu rechtfertigen.

ALTERNATIVEN ZUR WEHRPFLICHT? – TEIL 1: DIE INITIATIVE

Berufsarmee? Allgemeine Dienstpflicht? Freiwilligenmiliz?

Die Erfahrungen aus den Diskussionen rund die Aufhebung der Wehrpflicht haben gezeigt: Die Frage «Was, wenn nicht die allgemeine Wehrpflicht?» brennt unter den Nägeln. Zeit für einige Klarstellungen. Von Nina Regli und Fabian Hubeli

Eine Entwarnung vorweg: Eine Berufsarmee ist auch mit dem Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht nicht möglich. Auch nach Annahme unserer Initiative wird in Artikel 58 der Schweizer Bundesverfassung festgeschrieben sein, dass die Schweizer Armee nach dem Milizprinzip organisiert ist. Dies schliesst die Schaffung einer Berufsarmee grundsätzlich aus. Für die Einführung einer Berufsarmee müsste eine zusätzliche Verfassungsänderung vorgenommen werden. Der Weg über eine entsprechende Volksabstimmung wäre unumgänglich. Angesichts der heutigen politischen und gesellschaftlichen Situation ist der Erfolg eines solchen Anliegens jedoch undenkbar.

Das plausibelste Szenario nach der Annahme der Initiative ist eine Freiwilligenmiliz. Auch wenn für uns als GSoA die Armeeabschaffung das langfristige Ziel bleibt, würden wir eine Freiwilligenmiliz gegenüber dem heutigen System vorziehen: Der Staat könnte junge Männer nicht mehr einfach aus ihrem Zivilleben reissen und sie dazu zwingen, das Kriegshandwerk zu erlernen. Zudem wäre eine Freiwilligenmiliz deutlich kleiner als unser gegenwärtiges vollkommen überdimensioniertes Massenheer. Dadurch würden wertvolle personelle wie auch finanzielle Ressourcen frei, die beispielsweise für zivile Friedensförderung dringend benötigt werden.

Allgemeine Dienstpflicht widerspricht Menschenrechten

Ein weiterer Diskussionspunkt rund um die Wehrpflichtinitiative ist die Zukunft des Zivildienstes. Der Zivildienst wurde in den neunziger Jahren als ziviler Ersatzdienst zum Wehrdienst

in der Bundesverfassung festgeschrieben. Mit dem Wegfallen der Wehrpflicht würde auch die Ersatzdienstpflicht wegfallen. Eine deutliche Mehrheit hat sich deshalb an der Vollversammlung der GSoA in Solothurn dafür ausgesprochen, eine Klausel in den Initiativtext aufzunehmen, um den Zivildienst als freiwilligen Dienst fortzuführen.

Wieso nicht eine allgemeine Zivildienstpflicht einführen? Das Konzept, dass alle jungen Leute verpflichtet werden sollten, während einer gewissen Zeit ihres Lebens einen Dienst an der Gesellschaft zu leisten, übt auf viele Menschen einen grossen Reiz aus. Eine solche allgemeine

Dienstpflicht widerspricht jedoch dem Völkerrecht, insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention, die jegliche Zwangsarbeit verbietet, aber auch der ILO-Konvention und dem Uno-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte. Nicht zu vergessen, dass sich ein solcher Dienst auch negativ auf das Lohnniveau gewisser Branchen und die Arbeitsqualität des Zivildienstes auswirken könnte.

Wir sind deshalb zum Schluss gekommen, dass die Aufhebung der Wehrpflicht mit der Beibehaltung eines freiwilligen Zivildienstes der gangbarste Weg ist, die unhaltbaren Zustände von heute zu beenden.

ALTERNATIVEN ZUR WEHRPFLICHT? – TEIL 2: DIE SP

Kleine Freiwilligenmiliz statt Massenheer

Evi Allemann ist Nationalrätin und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats. Sie stellt die Vision der SP für die Zeit nach der Wehrpflicht vor. Von Evi Allemann

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks von 1989/90 gestalteten die meisten Länder Europas ihre Sicherheitspolitik neu. Die Ausrichtung auf die neuen Risiken einer globalisierten Welt führten zu einem tiefgreifenden Strukturwandel: Viele Länder bauten ihre Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenarmee um; Aufgaben und Ziele wurden an die neue Bedrohungslage angepasst. Das hat die Schweiz bis jetzt verpasst – und rekrutiert nach wie vor ein sinnloses und unfinanzierbares Massenheer. Eine auf tatsächliche militärische Risiken ausgerichtete Armee wird

markant kleiner sein als die derzeitige. Umsetzen lässt sich dies nur mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. An die Stelle der heutigen Wehrpflichtarmee soll eine freiwillige Milizarmee mit einem kleinen Kern professioneller Soldatinnen und Soldaten treten. Dies ermöglicht es, die Armeebestände auf rund 50'000 Armeeangehörige zu reduzieren und sichert gleichzeitig die Flexibilität im Aufwuchs sowie die Rekrutierung vielfältiger Berufskompetenzen.

Eine Rambo-Armee verhindern

Unter einer Freiwilligenmiliz werden Armeeangehörige verstanden, die in ihrem Hauptberuf einer zivilen Tätigkeit nachgehen. Sie verpflichten sich aber freiwillig, das heisst arbeitsvertraglich, zu einer militärischen Grundausbildung und anschliessend zu kurzen militärischen Weiterbildungskursen sowie militärischen Einsätzen. Die Vorteile der Freiwilligenmiliz gegenüber der heutigen «levée en masse» sind evident: Hochwertiges ziviles Know-how wird in die Armee integriert, die Armee verfügt über motivierte, leistungsfähige, freiwillige Dienstleistende mit guter Altersdurchmischung und ist volkswirtschaftlich günstiger als eine Wehrpflichtarmee. Zur Rekrutierung einer Freiwilligenmiliz müssen gezielte Anreize gesetzt werden. Sinnvolle und politisch hoch akzeptierte Einsätze sind ebenso eine Voraussetzung wie eine qualitativ hochwertige Ausbildung oder eine angemessene finanzielle Entschädigung. Entscheidend ist, dass eine negative Selektion hin zu einer Rambo-Armee vermieden wird. Bei der Rekrutierung der Freiwilligenmiliz sind deshalb Personen, die zuvor durch hohe Gewaltbereitschaft aufgefallen sind, zurückzuweisen. Zentral sind zudem eine intensive politische Kontrolle der Streitkräfte, eine markante Stärkung der inneren Führung und gezielte Beförderungsstrategien. Die militärische Ausbildung ist so auszugestalten, dass sie nicht im Widerspruch zu den zivilen Kompetenzen der Freiwilligen steht, sondern diese sinnvoll ergänzt. Nur so ist es verantwortbar, Freiwillige für die Dienstleistung anzuwerben.

Evi Allemann



ALTERNATIVEN ZUR WEHRPFLICHT? – TEIL 3: DIE WISSENSCHAFT

Freiwilligenmiliz mit Präsenzkern

Karl W. Haltiner ist emeritierter Professor der Militärakademie an der ETH Zürich. Er ist der wohl profilierteste Verfechter einer Freiwilligenmiliz als zukünftiges Dienstmodell für die Schweizer Armee. Dieser Artikel beschreibt die Grundzüge seiner publizierten Vorschläge. Von Andreas Weibel

Umfragen zeigen, dass die Akzeptanz der Armee in der Bevölkerung intakt ist. Der Rückhalt der allgemeinen Wehrpflicht sinkt jedoch. Es stellt sich die Frage, welches Dienstmodell den neuen gesellschaftlichen Voraussetzungen und einer veränderten Bedrohungslage am besten entspricht.

Eine Berufsarmee stünde gemäss Karl W. Haltiner der Wehrtradition unseres Landes fundamental entgegen und ist auch nicht geboten, solange sich die Schweiz keinem Militärbündnis anschliesst. In Bezug auf die wirtschaftlichen Kosten, die Motivation der Dienstleistenden, die organisatorische Flexibilität und die politische Machbarkeit schein eine freiwillige Miliz nach dem Vorbild der einsatzstarken US-amerikanischen Nationalgarde die beste Option. Neben der subsidiären Unterstützung der zivilen Behörden bei aussergewöhnlichen Ereignissen übernehme die Freiwilligenarmee auch die Funktion eines Aufwuchskerns, für den Fall, dass sich die sicherheitspolitische Situation merklich verschlechtern sollte. Denn eine Miliz, so Haltiner, ist ihrem Wesen nach ein nichtstehendes Heer und bedarf im Notfall immer des Aufwuchses.

Eine solche Milizstruktur bestünde aus etwa 20'000 bis 30'000 Frauen und Männern im Alter von 18 bis 50 Jahren, die sich verpflichten, nach einer Rekrutenschule während einer gewissen Zeit jährliche WKs im Umfang von 14 Tagen sowie einzelne Ausbildungstage zu absolvieren. Um diesen Bestand zu garantieren, müssten sich rund 1.5 Prozent der Angehörigen eines Jahrganges zum freiwilligen Dienst melden. Verstärkt würde die Miliz wie heute durch einen Kern von einigen Tausend Berufs- und Zeitmilitärs, die vor allem für Instruktion und Führungsunterstützung zuständig wären und gewisse Bereitschaftsaufgaben wahrnehmen. Die Kaderfunktionen würden jedoch weiterhin vorwiegend durch Milizangehörige ausgefüllt.

Anreize zur Teilnahme an der Miliz

Die Gefahr, dass eine Freiwilligenmiliz zu einem Sammelbecken des «Bodensatzes der Gesellschaft» verkommt, wie das in verschiedenen europäischen Staaten mit Profistreitkräften beobachtet werden kann, ist nach Haltiner deutlich geringer als bei einer Berufsarmee. Durch verschiedene materielle Anreize soll die Freiwilligenmiliz für alle Bevölkerungsschichten attraktiv gemacht werden (zum Beispiel lebenslange Gratis-Krankenkassenzugehörigkeit, Stipendien, für das Berufsleben wertvolle Ausbildungszertifikate oder ein AHV-Bonus). Ein Minimum der Wehrpflicht wäre in reduziertem Mass beizubehalten, als Pflicht zur Rekrutierung oder zum Besuch eines Informationstages. Die Wehrpflicht lässt sich nach Ansicht von Haltiner nur zur Verteidigung der nationalen Existenz und Unabhängigkeit legitimieren. Dies ist derzeit glücklicherweise nicht nötig. Man muss sich deshalb fragen, ob es eines freiheitlichen Staates würdig ist, junge Menschen, die für den Staat ein Jahr ihres Lebens opfern, als Hilfspolizisten vor Botschaften zu stellen.

Prof. Karl W. Haltiner



DIE GESCHICHTE DES ZIVILDienstES

Der kleine Bruder der Wehrpflicht?

Erst seit 1996 gibt es in der Schweiz einen zivilen Ersatzdienst für Personen, die keinen Militärdienst leisten wollen. Dieser wurde über Jahrzehnte mühsam erstritten. Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung im vergangenen Jahr fordern die Bürgerlichen wieder einen verschärften Zugang. Die einzige angemessene Reaktion auf diese Attacke gegen den Zivildienst ist die Aufhebung der Wehrpflicht. Von Karin Jenni

Erst mit der Verfassungsrevision 1874 wurde eine unmittelbare Militärdienstpflicht geschaffen. Dass es vermehrt zu offenen Konflikten zwischen Staat und Bürger in dieser Frage kommen würde, war damit vorprogrammiert. In der Folge des Genfer Generalstreikes und einer steigenden Anzahl von Verweigerungen wurde 1903 beim Bundesrat eine erste Petition mit der Forderung nach einem Ersatzdienst für Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen eingereicht.

Dienstverweigerung als Tatbestand

Am Ende der 1910er und zu Beginn der 20er Jahre folgte eine ganze Reihe unkoordinierter Vorstösse für einen Zivildienst, von denen jedoch keiner zu Verbesserungen führte. Im Gegenteil: 1927 wurde im Militärstrafgesetz eine selbständige Bestimmung über Dienstverweigerung verankert. Die Regel war, dass Dienstverweigerer für jedes nicht befolgte Aufgebot mit Gefängnis von maximal sechs Monaten bestraft wurden und zudem ihr Stimm- und ihr passives Wahlrecht verloren. Aus einem Vorstoss für einen Zivildienst resultierte 1950 eine mildere Bestrafung für Verweigerer aus religiösen Gründen. Das politische Los der Militärdienstverweigerer hing in dieser Zeit eng mit dem Beginn des

Kalten Krieges zusammen, der den Nationalmythos der wehrhaften Volksgemeinschaft einmal mehr aktualisierte.

Ende der 50er Jahre formierte sich der Widerstand gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz, der sich auch in der Bedeutung der Militärdienstverweigerung niederschlug. 1963 gründete sich die Schweizerische Sektion der Internationale der Kriegsdienstgegner, 1966 die erste Beratungsstelle für Militärdienstverweigerer. Diverse Vorstösse erreichten 1967, dass Militärdienstverweigerer aus «ethischen» Gründen jenen mit «religiösen» Gründen gleichgestellt wurden. Weitergehende Forderungen wurden mit der Begründung zurückgewiesen, dass diese einer Verfassungsänderung bedürften.

Politisierung der Militärdienstverweigerung

Durch die 68er-Bewegung erlebte die Verweigererfrage eine immense Politisierung. Auch innerhalb der Armee bildete sich mit den Soldatenkomitees eine Gegnerschaft. In dieser Zeit entstand rund um das Gymnasium Münchenstein die Idee einer Verfassungsinitiative für einen Zivildienst. Die sogenannte «Münchensteiner Initiative» wurde 1970 in Form einer allgemeinen Anregung lanciert und 1972 eingereicht. Der Vorschlag des Bundesrates lautete, dass wer aus religiösen oder ethischen Gründen den Militärdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne, einen zivilen Ersatzdienst leisten dürfe. Dieser Vorschlag vermochte vor allem wegen der vorgesehenen Gewissensprüfung auch weite Teile der ZivildienstbefürworterInnen nicht zu befriedigen und wurde in der Volksabstimmung 1977 mit über 60 Prozent abgelehnt. Noch vor der Abstimmung wurde eine neue Initiative «Für einen echten Zivildienst auf der Grundlage

des Tatbeweises» lanciert und 1979 eingereicht. Die in den 80er Jahren erstarkte Friedensbewegung machte Mut und Hoffnung auf einen positiven Abstimmungsausgang. Die Initiative wurde aber mit 64 Prozent abgelehnt. Von den zahlreichen Vorstössen, die beim Bundesrat in der Folge eingingen, wurden diejenigen vorangetrieben, die eine Revision des Militärstrafgesetzes mit sich brachten. So die «Barras-Reform», benannt nach dem Leiter der Studienkommission, die für einen Teil der Verweigerer eine Arbeitsdienstleistung anstelle einer Gefängnisstrafe vorsah.

Einführung eines zivilen Ersatzdienstes

Kurz nach der Armeeabschaffungsinitiative – 1989 stimmten 35.6 Prozent für die GSoA-Initiative – wurde im Parlament ein neuer Vorstoss für einen Zivildienst eingereicht. Daraus resultierte der Vorschlag «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor», der 1992 mit 82.5 Prozent angenommen und 1996 in Kraft trat. Zwei Hürden für Zivildienstwillige wurden festgehalten: Die Darlegung eines Gewissenskonfliktes und eine längere Dauer gegenüber dem Militärdienst. Die Abschaffung der ersten Hürde, die Gewissensprüfung, konnte erst im April 2009 durchgesetzt werden. Seither haben die Zivildienstgesuche von knapp zweitausend Gesuchen im Jahr 2008 auf 7200 im Jahr 2009 zugenommen. Aus Angst vor Unterbeständen der Armee möchten bürgerliche Politiker den Zugang zum Zivildienst bereits wieder erschweren. Die einzige angemessene Reaktion auf die Attacke gegen den Zivildienst ist die Aufhebung der Wehrpflicht. Nicht der Zivildienst ist das Problem, sondern die tiefe Krise der militärischen Wehrpflicht und der Armee überhaupt.

GSoA bi de Lüüt

Sonntagabend im Zürcher Hauptbahnhof – Was meinen die Direktbetroffenen zur Wehrpflicht?



Adrian*, Rekrut der Genietruppen: «Die Armee macht auch gute Sachen, zum Beispiel die Löscheinsätze in Griechenland. Selber werden wir bei sowas aber eh nie dabei sein.»



Patrick*, Panzersoldat: «Die Wehrpflicht ist unter den jetzigen Bedingungen idiotisch: Man hat das Gefühl, es sind nur noch die Leute da, die zu dumm sind, um sich zu drücken.»



Fabian*, Logistik-Rekrut: «Im Moment stinkt es mir, das machen zu müssen. Aber die Armee hat halt Tradition.»

ALTERNATIVEN ZUR WEHRPFLICHT? – TEIL 4: DIE BÜRGERLICHEN

Heiteres (Dienst-)Modellbauen in der politischen Mitte

Neben GSoA oder SP beschäftigen sich auch die Junge CVP oder die FDP mit der Wehrpflicht. Ein kurzer Überblick über die bürgerlichen Ideen rund ums Dienstmodell. Von Rahel Ruch

Die Junge CVP veröffentlichte vor rund zwei Monaten ein «Armeepapier». Sie spricht von einer Krise der Armee und schlägt ein neues Dienstmodell vor: Frauen und Männer müssen Dienst leisten, können jedoch frei wählen zwischen Militärdienst und Ersatzdienst. Wer sich für den Militärdienst entscheidet, ist gezwungen eine Grundausbildung zu besuchen. Danach dürften die Wehrleute aber statt Dienst zu leisten eine Ersatzabgabe bezahlen. Die jCVP verspricht sich von ihrem Modell «Wehrpflicht plus» eine massive Reduktion der Truppen auf etwa 50'000 SoldatInnen. Simon Oberbeck, Präsident der jCVP bekräftigt: «Wir wollen an der Wehrpflicht festhalten, aber gleichzeitig den Zivildienst aufwerten.» Angesprochen auf die Europäische Menschenrechtskonvention, die jegliche Zwangsarbeit verbietet, meint Oberbeck: «Unser Modell widerspricht den Menschenrechten nicht. Sonst müsste schon heute der Zivildienst als Zwangsarbeit gelten.» Auch volkswirtschaftliche Argumente gegen eine allgemeine Dienstpflicht lässt Oberbeck nicht gelten.

(Noch) keine Bewegung bei FDP und SVP

Im Positionspapier der FDP aus dem Jahre 2007 ist zu lesen: «Milizprinzip und Wehrpflicht sollen im Grundsatz beibehalten werden» und weiter «die Wehrpflicht lässt sich nur aufrechterhalten, wenn auch das Gros der Wehrpflichtigen Dienst leistet.» Nationalrat und SiK-Mitglied Peter Malama meint dazu: «Dank der Wehrpflicht ist die ganze Bandbreite unserer Gesellschaft in der Armee vertreten. In einer Freiwilligenarmee wäre dies garantiert anders: Kritische Stimmen würden verschwinden. Die Armee könnte zum Machtmittel einer einzelnen politischen Gruppierung werden.» Dass die kritischen Köpfe heute in den Zivildienst abwandern, ist für Malama kein Grund, die Wehrpflicht in Frage zu stellen: «Eine eigene kritische Meinung zu haben, bedeutet nicht, per se Armeegegner zu sein. Kritisch sein ist eine staatsbürgerliche Tugend; sich im Notfall mit seinem Leben für sein Land einzusetzen ebenfalls. Der grösste Teil unserer Soldaten ist sich dessen bewusst.» Dass für die SVP die allgemeine Wehrpflicht für Männer eine unantastbare heilige Kuh bleibt, muss nicht weiter ausgeführt werden. Auf die Auseinandersetzungen mit den ewiggestrigen Nationalkonservativen freuen wir uns bereits jetzt.

* Namen geändert

SICHERHEITSPOLITISCHER BERICHT

Ein nutzloses Papier

Die Erstellung des Sicherheitspolitischen Berichts war eine Zangengeburt. Das Resultat ist ein diffuses Papier, das kaum die Basis für eine nachhaltige Sicherheitspolitik sein kann. Von Martin Parpan

Wenn der Bundesrat einen Bericht erstellt, der den Anspruch hat, für die Sicherheitspolitik konkrete Leitlinien zu bieten, dann ist eine Voraussetzung unabdingbar: Der Bundesrat müsste in der Lage sein, ausgehend von einer Bedrohungsanalyse möglichst objektiv sicherheitspolitische Instrumente abzuleiten. Er dürfte nicht auf bestehende Institutionen und Strukturen, wie zum Beispiel die Armee, Rücksicht nehmen. Allerdings wird genau diese Voraussetzung im Bericht bereits im einleitenden Kapitel in den Wind geschlagen. So wird festgehalten, dass «die Armee das umfangreichste und vielseitigste Instrument aller sicherheitspolitischen Instrumente» sei. Die Folge dieses Paradigmas ist, dass der Bericht im Wesentlichen nichts anderes als der erfolglose Versuch ist, einer orientierungslosen Institution endlich wieder die abhanden gekommene Legitimation zu verschaffen.

Offensichtliche Hilflosigkeit

Im Kapitel zur sicherheitspolitischen Lagebeurteilung wird eine Grafik gezeigt, welche die potentiellen Bedrohungen für die Schweiz aufzeigt. Die grössten negativen Auswirkungen werden einem militärischen Angriff zugewiesen. Allerdings, und in diesem Punkt musste auch der Bundesrat gewisse Tatsachen anerkennen, wird die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Angriffs als «gering» eingestuft. Am wahrscheinlichsten sieht der Bundesrat die Bedrohungen durch verbotenen Nachrichtendienst, organisiertes Verbrechen und Gewalt gegen Leib und Leben. Doch darauf – das verschweigt der Bundesrat – gibt es keine militärischen Antworten. Wenn der Bundesrat nun die Armee schon in das Zentrum der sicherheitspolitischen Betrachtung stellt, dann müsste eigentlich davon ausgegangen werden, dass die Fähigkeit der Armee zur Verhinderung beziehungsweise Bekämpfung dieser Bedrohungen thematisiert wird. Genau diese, an sich essenzielle, Verknüpfung von Bedrohung und sicherheitspolitischem Instrument wird im Bericht aber unterlassen. Der Bundesrat begnügt sich mit einer Auflistung, in der festgehalten wird, ob die identifi-

zierten Bedrohungen dem Themenbereich der Sicherheitspolitik zuzuordnen sind oder nicht. Neue Erkenntnisse bringt dies keine.

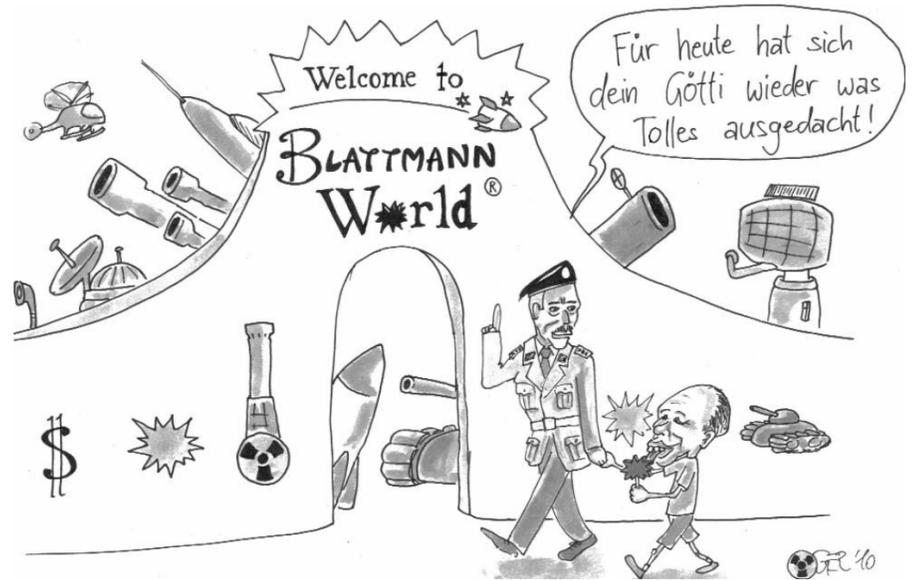
Es ist davon auszugehen, dass auch dem Bundesrat einleuchtet, dass eine Bedrohungsanalyse, die derart viel offen lässt, der Armee kaum zu neuer Legitimation verhelfen dürfte. Anders lässt sich kaum erklären, dass im Bericht festgehalten wird, dass die Armee schon «allein durch deren Existenz einen präventiven Beitrag zu Sicherheit, Frieden und Stabilität darstelle». Mit dieser Formulierung wird der Versuch unternommen, grundsätzlichen Fragen nach der Existenzberechtigung der Armee den Boden zu entziehen. Aussagen, die auf der Ideologie begründet sind, dass eine Armee Sicherheit schafft, weil sie eine Armee ist, basieren auf einem völlig überholten Sicherheitsverständnis. So wird die Hilflosigkeit offensichtlich, die beim Bundesrat aufkommt, wenn es um den konkre-

ten Beitrag der Armee zur Sicherheitspolitik geht.

Fazit

Der sicherheitspolitische Bericht, der nun in den eidgenössischen Räten weiter behandelt wird, ist beim Versuch gescheitert, der Armee eine Legitimationsgrundlage zu geben. Dem Bundesrat kann zugute gehalten werden, dass ein Bericht nur so gut oder so schlecht sein kann, wie das darin thematisierte Objekt. Und dieses Objekt ist in erster Linie die Armee. Insofern ist das diffuse Bild, das der Bericht abgibt, durchaus repräsentativ.

Nachhaltige Sicherheitspolitik heisst Prävention, Abbau von Konfliktsachen und zivile Friedensförderung. Themen, bei denen die Armee abseits steht. Die GSoA wird weiterhin darauf hinarbeiten, die Diskussion in die richtigen Bahnen zu lenken.



Der Sicherheitspolitische Bericht: Ein Gruselkabinett von fiktiven Bedrohungen, dem jeglicher Bezug zur heutigen Realität fehlt.

KAMPFJET-BESCHAFFUNG

Leere Kompensations-Versprechungen

Rund um den Kauf neuer Kampfflugzeuge überbieten sich die Anbieter und ihre PR-Firmen – darunter auch die altbekannte Farner PR – mit Ankündigungen von Kompensationsgeschäften. Von Adi Feller

Kompensations- respektive Gegengeschäfte funktionieren in der Theorie wie folgt: Kauft sich die Schweizer Armee im Ausland Rüstungsgüter, verpflichtet sich der ausländische Hersteller, die Vertragssumme – oder ein Mehrfaches davon – durch Gegengeschäfte bei der schweizerischen Industrie auszugleichen. Besonders hoch sollen die Kompensationsgeschäfte bei der Kampffliegerbeschaffung ausfallen: Die drei Anbieter versprechen der Schweiz Kompensationsgeschäfte in zwei- bis vierfacher Höhe des offiziellen Beschaffungspreises von 3-4 Milliarden Franken. Doch wie so oft trägt der erste Schein. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) kam in einer Studie aus dem Jahr 2007 zum Schluss, dass die Bedeutung von Kompensationsgeschäften in der Schweiz massiv überschätzt wird. In der Regel fliessen bloss rund 40 Prozent aller versprochenen Kompensationsgeschäfte effektiv in die Schweiz zurück.

Als Reaktion auf die vernichtende Kritik der EFK wurde Anfang 2010 in Bern das so genannte Offset-Büro gegründet (Offset ist ein Synonym für Kompensationsgeschäfte). Die

Aufgabe des Offset-Büros ist die bessere Kontrolle der Gegengeschäfte. Doch das Offset-Büro ist alles andere als unabhängig. Es wird über eine Abgabe finanziert, welche diejenigen Unternehmungen zu bezahlen haben, die von den Kompensationsgeschäften profitieren. Geführt wird das Büro von Albert Gaide und Giovanni Giunta. Gaide ist Delegierter von Swissmem, dem Branchenverband der Maschinen- und Elektroindustrien. Dem Verband Swissmem gehören auch sämtliche Rüstungsunternehmen an. Giovanni Giunta vertritt im Offset-Büro die GRPM, der welsche Branchenverband der Rüstungsunternehmen. Fazit: Genau die Firmen und Branchen, welche ein grosses Interesse daran haben, dass Kompensationsgeschäfte in der politischen Öffentlichkeit für wichtig gehalten werden, sollen kontrollieren, dass nicht mit falschen Zahlen operiert wird. Ein Beispiel verdeutlicht diesen Interessenskonflikt: Der Präsident der GRPM wirbt öffentlich für den Kauf des französischen Kampfflugzeuges Rafale. Sein Angestellter, Giovanni Giunta, ist als Leiter des Offset-Büros damit betraut, die Qualität und den Wert der Gegengeschäfte, welche Rafale verspricht, zu kontrollieren. Ist Giunta unabhängig genug, die von Rafale in Aussicht gestellten Kompensationsgeschäfte mit der nötigen kritischen Haltung zu beurteilen? Wohl kaum. Das System der Selbstkontrolle dürfte auch in der Rüstungsbranche versagen.

STEIGENDE KOSTEN

Kampfjet-Beschaffung: Wie weiter?

Obwohl sich der Bundesrat bewusst ist, dass sich die Schweiz keine neuen Kampfflugzeuge leisten kann, drückt er sich um einen Entscheid. Von Patrick Angele

Für neue Kampfflugzeuge gibt es in den nächsten Jahren kein Geld. Im Sparprogramm 2011-2013 schreibt der Bundesrat: «Im Rahmen des vom Bundesrat beantragten Ausgabenplafonds ist die Finanzierung von Grosssystemen (z.B. Tiger-Teilersatz) nicht möglich.» Um den definitiven Verzichtentscheid drückt sich der Bundesrat aber weiterhin.

Entscheid im Spätsommer

Derweil betreibt Ueli Maurer Schadensbegrenzung. Denn Maurer weiss: Ein Verzicht auf das Beschaffungsprojekt wäre nicht nur Wasser auf die Mühlen der GSoA; Maurer kann seiner

nationalkonservativen und armeetreuen Klientel nicht glaubwürdig erklären, weshalb er auf die neuen Kampfflugzeuge verzichten will. Deshalb beteuert Maurer bei jeder Gelegenheit, er wolle zwar neue Kampfflugzeuge, habe dazu aber kein Geld. In diese Strategie passt auch, dass Maurer bezüglich der effektiven Kosten als erster bürgerlicher Politiker Klartext spricht: 15 Milliarden Franken würden die neuen Kampfflieger kosten, sagte Maurer kürzlich am Radio. Bislang war von 2,2 Milliarden die Rede. Der Bundesrat will nun im Spätsommer 2010 definitiv über die Beschaffung entscheiden. Verzichtet der Bundesrat auf den Kauf, so hat die Initiative gegen neue Kampfflugzeuge ihren Zweck erfüllt. Sollte der Bundesrat am Kauf festhalten, sieht die GSoA der Abstimmung, die in der ersten Hälfte 2011 stattfinden dürfte, gelassen entgegen.

GAZA

Das humanitäre Völkerrecht verträgt keine Kompromisse

Gaza, ein Jahr nach dem Krieg. Die Katastrophe findet im Alltag ihre Fortsetzung. Die Verletzungen des humanitären Völkerrechts gehen weiter, Israel hält die Blockade aufrecht. Die Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen muss jetzt handeln. Von Matthias Hui*

Ein gutes Jahr nach der israelischen Operation «Cast Lead» in Gaza droht alles beim Alten zu bleiben. In krasser Missachtung des Völkerrechts hält Israel die totale Blockade aufrecht. Die gesamte palästinensische Bevölkerung wird kollektiv bestraft, Kinder wie Erwachsene, Islamisten wie Feministinnen. Das IKRK teilt mit, dass es während des ganzen letzten Jahres vergeblich versucht habe, Funkgeräte für Ambulanzfahrzeuge nach Gaza zu importieren. Die Nothilfe in Gaza sei ohne die Geräte nicht wirklich funktionsfähig.

Der international hoch angesehene südafrikanische Richter Goldstone leitete im Auftrag des Uno-Menschenrechtsrates die Untersuchungskommission zum Gaza-Krieg. Heute wird seine Arbeit von der israelischen Regierung nach Strich und Faden verunglimpft. Als Konsequenz

aus dem Goldstone-Bericht empfahl die Uno-Generalversammlung der Schweiz, eine Konferenz der Vertragsparteien der IV. Genfer Konvention durchzuführen. Mit dieser Konferenz soll geklärt werden, wie der Schutz der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten durchgesetzt werden kann. Die Schweiz hat in diesen Wochen erste entsprechende Schritte unternommen und einen Sonderbotschafter eingesetzt. Sie muss in dieser Frage ihre zwar nicht schwergewichtige, aber sehr respektierte Stimme vernehmen lassen: Genug der schweren Menschenrechtsverletzungen!

Verantwortung der Schweiz

Wenn die Schweiz das Banner des humanitären Völkerrechts mit Stolz tragen will, ist sie verpflichtet, selbst alles zu tun, um dessen Einhaltung durchzusetzen. Wie aber kann unsere Regierung diesen völkerrechtlichen Massstab anlegen und gleichzeitig die äusserst engen rüstungstechnischen und militärischen Beziehungen zwischen Israel und der Schweiz weiterführen, als ob nichts geschehen wäre? Es geht um enge Kontakte mit exakt jenen Personen, zum Beispiel den Chefs der israelischen Luft-

waffe oder der Geheimdienste, die allenfalls für die schweren Verletzungen des Völkerrechts verantwortlich sind. Die schweizerischen Hilfswerke und Menschenrechtsorganisationen verlangen im Namen des humanitären Völkerrechts und im Namen der gefährdeten Glaubwürdigkeit der Schweiz die sofortige Sistierung aller militärischen und rüstungstechnischen Kontakte mit Israel, im Minimum solange Israel der Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung der mutmasslichen Kriegsverbrechen nicht nachkommt und die Verantwortlichen nicht selber zur Rechenschaft zieht.

Die anhaltende Gewalt im Nahen Osten ist perspektivlos, der Friedensprozess auf diplomatischer Ebene im Prinzip längst tot. Als Alternative dazu kann nur der massive internationale Druck auf die Konfliktparteien zur Einhaltung des Völkerrechts stehen. Regierungen können ihn ausüben, aber auch die Zivilgesellschaft muss dazu einen Beitrag leisten.

* Matthias Hui ist im Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina tätig. Der Theologe hat von 1994 bis 1998 in der Westbank gelebt.



Wandbild aus den besetzten Gebieten.

AFGHANISTAN

Erneuter Verstoss gegen die Kriegsmaterialverordnung

Der geplante Verkauf von 60 gepanzerten Fahrzeugen nach Deutschland verletzt die geltende Kriegsmaterialverordnung und widerspricht den aussenpolitischen Zielen der Schweiz in Afghanistan. Von Michael Baumgärtner

Die Firma Mowag plant den Verkauf von 60 Radschützenpanzern an Deutschland, welche die deutsche Bundeswehr explizit für den Einsatz in Afghanistan verwenden will. Nach geltender Kriegsmaterialverordnung ist dieser Export von Kriegsmaterial illegal, denn Deutschland befindet sich derzeit in Afghanistan in einem «nicht-internationalen bewaffneten Konflikt im Sinne des Völkerrechts». Das bestätigt sogar der deutsche Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Staaten, die sich in bewaffneten Konflikten befinden, dürfen jedoch laut der Verordnung von der Schweiz nicht mit Kriegsmaterial beliefert werden. Die Waffenlieferung widerspricht ausserdem den aussenpolitischen Zielen der Schweiz sowie dem Prinzip der Neutralität.

Recht wird gebogen

Es ist klar, dass die Lieferungen geltendes Recht brechen. Der Stimmbevölkerung war im Verlauf des Abstimmungskampfes im vergangenen Herbst zugesichert worden, dass genau dies nicht geschehen werde. Das Seco weigert sich weiterhin, die juristische und faktische Realität, dass in Afghanistan Krieg herrscht, anzuerkennen. Im immer aussichtsloseren Konflikt am Hindukusch sterben täglich Menschen. Seien es

westliche Soldaten, afghanische Hilfstruppen oder ZivilistInnen. Niemand sonst, weder die Nato, noch die deutschen Soldaten, ganz zu schweigen von der afghanischen Zivilbevölkerung, würde bestreiten, dass in Afghanistan ein bewaffneter Konflikt ausgetragen wird. Das Seco ist anderer Meinung. Wirtschaftlicher Profit scheint den Blick zu trüben.

Ziviles statt militärisches Knowhow

Durch ihre Beteiligung an der von der Nato organisierten Isaf (International Security Assistance Force) und durch Exporte von Kriegsmaterial an die am Krieg beteiligten Nationen gefährdet die Schweiz zudem ihre humanitären Projekte in Afghanistan. Wenn die Schweiz durch ihre Unterstützung der kriegführenden Nationen eine klare Position einnimmt, ist es vorbei mit der Neutralität. Will die Schweiz als glaubwürdige diplomatische Vermittlerin auftreten und ihr internationales Ansehen und Legitimation wahren, darf sie sich nicht mit Waffenlieferungen an eine Seite exponieren. Aber die Bevölkerung Afghanistans braucht das friedenspolitische Knowhow der Schweiz, um eine funktionierende Infrastruktur aufzubauen zu können. Der Verkauf von Kriegsmaterial an Deutschland wäre in dieser Hinsicht wahrlich ein falsches Signal. Die deutsche Afghanistanstrategie garantiert Berlin zwar künftig mehr Gehör in Übersee, als Gegenleistung erwartet die USA aber ein verstärktes Engagement der deutschen Truppen in Afghanistan. Ein Weg, den die Schweiz bestimmt nicht einschlagen sollte.

INSERAT

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

57

Staat und Krise

Finanzmarktkrise, Staatsinterventionismus, Green New Deal; Staaten in Afrika; Geschlechtergerechtigkeit; Staatsleitbilder und marktliberaler Diskurs; Finanz- und Steuerpolitik; Kritische Arbeitssoziologie; Post-Neoliberalismus; Deglobalisierung – Strategie von unten; Arbeitnehmer/innenrechte in Europa

E. Altvater, H. Melber, B. Sauer, H.-J. Bieling, D. Lampart, W. Vontobel, J. Wissel, K. Dörre, U. Brand, H. Schächli, P. Rechsteiner

Diskussion

M. Vester: Wirtschaftlicher Pfadwechsel
P. Oehlke: Soziale Demokratie und Verfassungspolitik
C. v. Werlhof: Post-patriarchale Zivilisation
W. Völker: André Gorz' radikales Vermächtnis

208 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

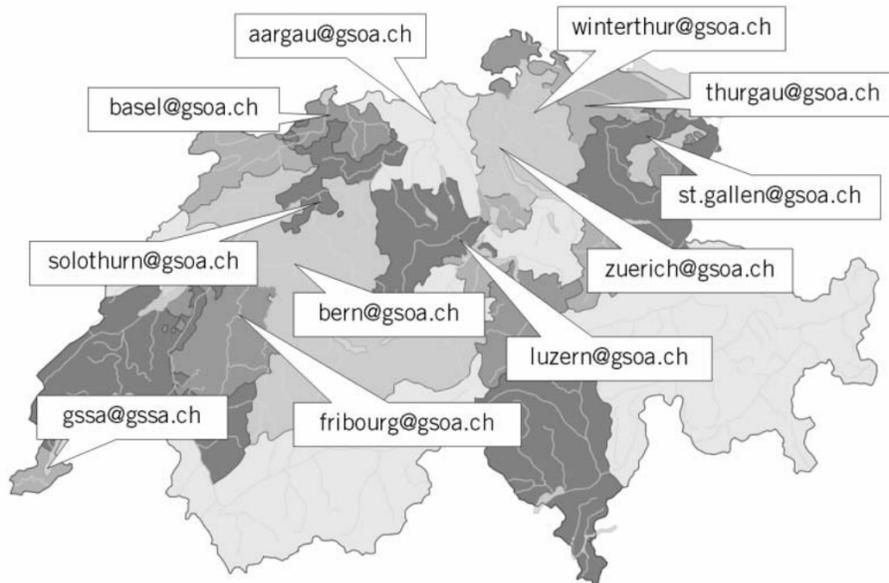


Die Gelbbauchunke (Bombina variegata) gehört zur Familie Bombinatoridae.

Aktiv bei einer Regionalgruppe

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen.

Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Glosse

Die Kröten von Neuchlen-Anschwilen

Ueli Maurer jammert oft, die Armee habe nicht genügend Geld. Beispielsweise für den Unterhalt der Kasernen und Waffenplätze. Der Fall von Neuchlen-Anschwilen zeigt, dass Mitleid mit Jammer-Ueli fehl am Platz ist. Während die Welt das Ende des Kalten Krieges feierte, verkündete die Schweizer Armee, in Neuchlen-Anschwilen (in der Nähe von St.Gallen) brauche es dringend einen neuen Waffenplatz. In der Bevölkerung regte sich breite Opposition. An Ostern 1990 gipfelte der Widerstand in einer friedlichen Besetzung der Baustelle auf dem geplanten Waffenplatz. Die Strategie der Polizei, die BesetzerInnen wegzutragen, konnte nicht fruchten, strömten doch immer mehr AktivistInnen nach Neuchlen-Anschwilen. Die Aktionsgruppe zur Rettung von Neuchlen-Anschwilen kämpfte während Monaten und Jahren gegen die Zwängerei des Militärdepartements. Vergeblich – der Waffenplatz wurde schlussendlich trotzdem gebaut. Die Ironie der Geschichte: 20 Jahre später beklagt der VBS-Chef nun, dass die Armee zu viele Kasernen in Schuss halten müsse. Kasernen, die seine Vorgänger «ums verrecken» bauen wollten. Dennoch rühmt sich die Armee heute wegen des Schiessplatzes bei Neuchlen-Anschwilen. Zitat aus dem St.Galler Tagblatt: «Die Gelbbauchunke ist zur Fortpflanzung auf flache Gewässer mit wenig Vegetation angewiesen. Im Breitfeld werden solche Tümpel gefördert: Bei Übungen mit Panzerfahrzeugen entstehen laut Experten perfekte Unken-Löcher.» Das VBS – der teuerste Krötenschutz-Verein der Welt? Von Felix Birchler

Wir sind auf Deine Spende angewiesen!

Die Initiativen für den Schutz vor Waffengewalt und gegen neue Kampfflugzeuge werden schon bald zur Abstimmung kommen. Und bereits im Sommer wird die Unterschriftensammlung für die Aufhebung der Wehrpflicht beginnen. Um die Kosten zu decken, die aus den drei Kampagnen entstehen, sind wir auf Deine

Spende angewiesen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst Du unmittelbar zum Erfolg der Initiativen bei. Herzlichen Dank!



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____
 Strasse/Nummer _____
 PLZ / Wohnort _____
 Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Für Nostalgiker und Nostalgikerinnen:			
	Käsepanzer-Plakat im Weltformat (90 x 120 cm)		Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne (PACE)			Fr. 12.-
<input type="checkbox"/>	Diverse Kleber		kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Buch «Helvetische Jäger»		Fr. 20.-	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80
Ich werde GSoA-Mitglied <input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.- <input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-				
Spende <input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-				
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Felix Birchler (fb), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw, verantwortlich)
Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20000, mindestens viermal jährlich
Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-
Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- /10.- **PC-Konto:** PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.